

Ratsnotizen vom 03. Februar 2022

Anträge und Anfragen aus dem Gemeinderat zum Haushalt 2022: Zwölf Anträge und sechs Anfragen stellten die Fraktionen des Kernener Gemeinderats zum Haushalt 2022. In der Sitzung wurden alle Anfragen schriftlich beantwortet vorgelegt. Vier Anträge wurden während der Sitzung zurückgezogen. Die beschlossenen acht Anträge finden Sie im Folgenden aufgelistet.

Mögliche Verbreiterung des Fußwegs entlang der L 1199 wird aktiv unterstützt

Ziel aller Fraktionen (CDU, UFW, OGL, SPD und Pfb) ist es, den schmalen Fußweg entlang der L 1199 so zu verbreitern, dass er auch als Radweg genutzt werden kann. Gemeinsam hatten die Fraktionen deshalb beantragt, die Gemeinde solle Gespräche mit der zuständigen Straßenbaubehörde über den Ausbau des Wegs zu einem Fuß- und Radweg führen. Der Weg ist im Landkreisnetz bereits als Radweg ausgewiesen. Die Verwaltung, die den Antrag unterstützt, sagte zu, sich an das Landratsamt zu wenden und um Stellungnahme zu bitten, ob und wann ein entsprechender Ausbau des Wegs vorgesehen ist.

Werbeaktion für PV-Anlagen geplant

Ein weiterer gemeinsam gestellter Antrag aller Gemeinderatsfraktionen (CDU, UFW, OGL, SPD und Pfb) umfasste das Werben für Photovoltaik-Anlagen. Damit Kernen bis zum Jahr 2035 klimaneutral wird, bedarf es einer Solar-Offensive, so die Fraktionen. Neben gemeindeeigenen Gebäuden sollen deshalb insbesondere auch private Haushalte motiviert werden, ihre Gebäude mit PV-Anlagen auszustatten. Um dies zu erreichen, so der Vorschlag der Fraktionen, sollen die Energieagentur Rems-Murr-Kreis und die Gemeinde Kernen im Jahr 2022 eine gemeinsame Aktionswoche anbieten, in dem Hausbesitzer rund um die Installation einer Photovoltaik-Anlage beraten werden. Der Eignungsscheck nimmt Voraussetzung, Rahmenbedingungen und Nutzungschancen unter die Lupe. Die Gemeinde steht dem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber, empfahl jedoch, die Werbung nicht zwingend in eine Aktionswoche einzubetten, sondern auch andere Instrumente in Erwägung zu ziehen - eventuell auch eine Kooperation mit anderen (interkommunalen) Partnern. Der Verwaltungsvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Suchlauf möglicher gemeindeeigenen Standorte zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen erfolgt

Einstimmig beschlossen wurde ebenso der interfraktionell beantragte Standort-Suchlauf, um weitere mögliche gemeindeeigene Standorte zu finden, die für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen geeignet wären. Die Verwaltung unterstützte den gemeinsamen Antrag von CDU, UFW, OGL, SPD und PfB. Innerhalb der im August 2021 gemeinsam mit den Kommunen Remshalden und Winterbach beantragten Aufnahme in das Klimaschutz Plus-Konzept (Förderzusage steht aktuell noch aus), ist eine entsprechende Detailanalyse des PV-Potenzials der kommunalen Liegenschaften der drei Kommunen bereits eingebettet.

Förderung des Erwerbs von Bio-Jungbäumen beim Streuobsttag wird auf 18 Euro pro Baum aufgestockt

Der Zuschuss für den Erwerb von Bio-Jungbäumen im Rahmen des jährlichen Streuobsttages wird von Gemeindeseite auf 18 Euro aufgestockt. Dies wurde einstimmig beschlossen. Die Verwaltung unterstützte auch diesen fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, UFW, OGL, SPD und PfB. Bei der letzten Streuobstaktion im Jahr 2021 wurden Bio-Jungbäume mit zwölf Euro pro Baum unterstützt. Der gesamte Förderbeitrag der Verwaltung belief sich auf 348 Euro. Die Verwaltung ist überzeugt, dass auch bei einer steigenden Bestellquote und einer höheren Bezuschussung, die zukünftige Förderung aus dem zur Verfügung stehenden Budget abgewickelt werden kann.

Umlaufsperrung in der Stettener Straße wird angepasst

Die Umlaufsperrung in der Stettener Straße auf Höhe der Hausnummer 26 wird nicht komplett entfernt, wie ursprünglich von der PfB-Fraktion beantragt, sondern etwas auseinandergedrückt. Bei nur einer Nein-Stimme sprach sich das Gremium mit großer Mehrheit für den Vorschlag der Verwaltung aus, die Sperrung baulich so zu verändern, dass sie beispielsweise mit einem Lastenrad durchfahren werden kann. Die PfB-Fraktion hatte das beantragte Entfernen damit begründet, dass die Sperrung insbesondere für Radfahrende (mit Anhänger) aber auch für Eltern mit Kinderwagen und gehbehinderte Menschen eine unnötige Barriere darstelle. Die Verwaltung griff den Vorschlag auf. Die Stettener Straße ist in diesem Bereich beidseitig als Sackgasse ausgeschildert. Die eingerichtete Umlaufsperrung erfüllt den Zweck, die Durchfahrt von Fahrzeugen zu unterbinden und die Geschwindigkeit von Fahrradfahrern zu drosseln, erläuterte die Verwaltung. Um die Situation vor Ort für alle Beteiligten zu verbessern, prüft die Verwaltung das Ändern der Umlaufsperrung (Auseinanderziehen) oder das Installieren von Pfosten. Das komplette Entfernen der Sperrung hätte voraussichtlich

unerwünschten Durchgangsverkehr zur Folge, ist die Gemeinde überzeugt. Die Mehrheit des Gremiums sah dies ebenso.

Regenwasserbewirtschaftung wird abgelehnt

Keine Mehrheit fand der PfB-Antrag, die Kosten einer anderen Regenwasserbewirtschaftung durch ein Ingenieurbüro oder eine Hochschule (Diplomarbeit) ermitteln zu lassen. Die Fraktion geht davon aus, dass mit einer sinnvollen Regenwasserbewirtschaftung rund 50 Prozent wertvolles Trinkwasser gespart werden könnten. Die Verwaltung lehnte den Antrag dennoch ab, da die Schaffung eines Trennsystems in bestehenden Siedlungsflächen unrealistisch erscheint. Bei der Gebietsentwicklung des Kleinen Feldles, der Tulpenstraße und dem Gewerbegebiet Lange Äcker wurden die gesetzlichen Vorgaben zur Regenwasserbewirtschaftung und zur Schaffung eines Trennsystems bereits berücksichtigt. Auch in allen weiteren neuen Baugebieten (Lange Äcker III und Hangweide) wird dies berücksichtigt werden. Das Kanalnetz der Gemeinde Kernen umfasst aktuell eine Mischkanalisationslänge von ca. 50 km und eine Regenwasserkanalisation mit einer Länge von ca. 5 km. Gesamtlänge ca. 55 km. Die Umstellung des Mischwassernetzes würde einen Umbauaufwand von 50 km Leitungslänge bedeuten. Aktuell fallen (statistischer Wert) Kosten von 1.400 Euro pro laufender Meter Rohrleitung (DN 500) an. Damit ist mit Kosten in Höhe von mindestens ca. 70 Millionen Euro, nur für die Verlegung eines Regenwasserkanals, zu rechnen. Darüber hinaus wären beim Verlegen der Rohrleitungen auch bestehende Gas-, Wasserleitungen oder weitere Medien, umzulegen. Die hierfür entstehenden Kosten lassen sich ohne eine nähere Untersuchung nicht abschätzen. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wäre es organisatorisch und auch bautechnisch möglich, eine Kanallänge von ca. 3 km pro Jahr zu verlegen. Dies würde bedeuten, dass eine komplette Umstellung ca. 17 Jahre in Anspruch nimmt. Das Gremium folgte der Einschätzung der Verwaltung und lehnte den Antrag bei nur zwei Ja-Stimmen mit großer Mehrheit ab.

Lizenzwerb für Meldeplattform RADar! abgelehnt

Ebenfalls keine Zustimmung erhielt der PfB-Antrag, die Gemeinde Kernen solle eine Lizenz für die Meldeplattform RADar! erwerben, um den Bürgern die Meldung von Mängeln in der Radinfrastruktur zu ermöglichen. Die Verwaltung verweist auf das aktuelle Schadensmelder-Portal der Gemeinde. Dort werden regelmäßig Schäden und Hinweise verschiedenster Art gemeldet und ämterspezifisch bearbeitet. Zudem führt auch das Landratsamt Bestandsaufnahmen durch und übermittelt die Ergebnisse an die Verwaltung. Darüber hinaus steht die

Verwaltung für Verbesserungen in stetem Austausch mit der lokalen Initiative ProRad. Eine weitere Meldeplattform betrachtet die Verwaltung somit als nicht erforderlich. Das Gremium folgte dieser Begründung und lehnte den Antrag bei zwei Ja-Stimmen und einer Enthaltung mit großer Mehrheit ab.

Graffiti-Wand soll aufgestellt werden

Einstimmig folgte das Gremium dem UfW-Antrag, eine Graffiti-Wand für Jugendliche aufzustellen. Die Verwaltung begrüßte den Vorschlag. Das mobile Jugendreferat soll im Zuge der Jugendbeteiligung mögliche Standorte und Rahmenbedingungen erarbeiten und mit dem Baumt deren Umsetzung erörtern.